

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm laudet der Jubiläumstagung der deutschen Kolonialgesellschaft, die in Frankfurt a. M. stattfand und dem Monarchen durch eine Depeche ihre Huldigung vorgebracht hatte, ein herzliches Dankeleogramm.

* Auf dem Schlachtfelde von Leuthen stand am 6. d. in Gegenwart des deutschen Kronprinzen die Enthüllung des vom Kaiser Wilhelm gestifteten Denkmals statt.

* Wie vorausgespült war, ist die innere Krise schnell überwunden worden. Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben durch ihre Führer dem Reichskanzler Fürsten v. Bülow ihr Vertrauen zu seiner Politik ausgedrückt und erklärt, daß sie (soweit es ihre Grundsätze gelassen) an der Blockpolitik festhalten wollen. Damit ist dem Fürsten v. Bülow jeder Grund genommen, seinen Posten zu verlassen, um so mehr, da amtlich festgestellt wird, daß innerhalb des Ministeriums keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen, und da auch eine Verständigung zwischen dem Kriegsminister v. Einem und dem Vizepräsidenten des Reichstages, Banché, stattgefunden hat.

* Auf Schloß Serckahn in Mecklenburg hat am Freitag die Verlobung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore Reuß j. L. stattgefunden. Der überraschende Entschluß des Fürsten hat in Bulgarien allgemeine Freude hervorgerufen.

* Staatssekretär Dernburg hielt in der Kolonialgesellschaft zu Frankfurt a. M. eine längere Rede, in der er auf den steigenden Handel in unseren Kolonien verwies. Insbesondere, so hob der Staatssekretär hervor, stehen wir in Deutsch-Ostafrika vor einem Wendepunkt. Unbedingt sei die Eröffnung des Landes mit Bahnwegen (Eisenbahnen) erforderlich. Er könne sich über Einzelheiten des Programms noch nicht äußern, da die gesetzgebenden Faktoren, die ein erstes Recht auf Informationen haben, noch nicht bestätigt werden konnten. Aber soviel könne er sagen, daß Ostafrika eröffnet werden kann, so weit wirtschaftlich auf absehbare Zeit erforderlich, durch ein wohl ausgedachtes Netz ohne Aufwand der außerordentlichen Summen, die man hier und da nennt, und ohne die Ausgabe auch nur einer unproduktiven Macht.

* Der im brem. Abgeordnetenhaus gestellte Antrag auf Abänderung des Wahlrechts (Einführung des Reichstagswahlrechts) in Bremerland, wie nunmehr bestimmt worden ist, in der ersten Sitzung nach Weihnachten beraten werden.

Frankreich.

* Die Kammer nahm nach langer Debatte das Budget des Außenwesens, nachdem der Minister des Außenwesens, Pichon, erklärt hatte, die Regierung erkenne unbedingt die Notwendigkeit an, die Beziehungen zu den fremden Mächten im Hinblick auf Marokko sorgfältig zu pflegen. In Wluda soll eine algerisch-marokkanische Polizeitruppe errichtet werden. Die Kammer erachtete zum Schluß der Sitzung die Regierung, mit allen Mitteln den Gebrauch der französischen Sprache in der Welt zu fördern.

* Wie aus Paris gemeldet wird, hat Major Fitzherald ein neues Schießfeuergeschütz erstanden. Angeblich bewerben sich verschiedene Regierungen (auch die deutsche) um die Errichtung, für die der Major 5 Millionen Mark verlangt.

England.

* Der Zustand des Premierminister Campbell-Bannerman, der während der Kaiserjagd schwer erkrankt und jetzt zur Kur in Brixton weilt, hat sich derart gebessert, daß der Minister bereits wieder dringende Arbeiten erledigen kann. Der Staatsmann wird also

nicht, wie angenommen wurde, von seinem Posten scheiden.

* Nach Meldungen aus London beschäftigt die Regierung an der Südseite eine Flottenstation anzulegen, in der 22 große Kriegsschiffe Unterkunft finden können.

Schweiz.

* Die Bundesländer in Bern sind durch eine Ansprache des Präsidenten eröffnet worden, in der er darauf hinwies, daß der Volksvertretung 49 Vorlagen zur Beratung gegeben würden. Zum allgemeinen Bedauern steht unter diesen Vorlagen ein Gesetzentwurf betr. die Alters- und Invaliditätsversorgung, der schon seit langer Zeit angenommen, aber immer wieder vertagt worden ist, weil die vertretende Kommission mit ihren Arbeiten nicht zum Abschluß kommt.

Schweden.

* Der Zustand König Oskars ist nach den neuesten Berichten aus Stockholm sehr besorgniserregend.

Niederlande.

* In Petersburg ist man einer weitverzweigten Verhandlung auf die Spur gekommen. Die Polizei hatte Kenntnis davon erhalten, daß sich in einem Hause achtzig verschiedene Verbände versammeln, die den besten Gesellschaftskreisen angehören. Das Haus wurde umgestellt. Der Gehilfe des Polizeimeisters meinte ich, gefolgt von einem Offizier und mehreren Kosaken, in die Wohnung, erzwang den Eintritt und erklärte die ganze Gesellschaft für verhaftet.

* In Petersburg hat der Prozeß gegen die sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma wegen Hochverrats begonnen. Die Angeklagten und ihre Verteidiger weigern sich, an den Prozeßvorbereihungen irgendwelchen Anteil zu nehmen, da die Öffentlichkeit ausschlossen ist. Die Studenten der Universität und mehrere tausend Arbeiter von Petersburger Fabriken streiten anlässlich des Prozesses. Die Ruhe ist indessen nirgends gesichert worden.

Nassau.

* In der Angelegenheit der mazebonischen Justizreform hat bei dem russischen Botschafter in Konstantinopel eine vierstündige Botschaftsconferenz stattgefunden. In dieser Zusammenkunft wurde der Entwurf einer an die Vorstecke zu richtenden Note festgestellt und einstimmig angenommen. Die Botschafter werden den Entwurf ihren Regierungen zur Genehmigung vorlegen.

Afrika.

* Die Kämpfe der Franzosen mit den aufständischen Beni-Snassen an der algerisch-marokkanischen Grenze dauern fort. Sowohl sich bei den mangelhaften, von Frankreich natürlich scharf überwachten Berichterstattung feststellen läßt, greifen die Einheimischen immer auf neue die französische Stellung an. In einem der letzten Gesetze fielen 15 Franzosen; die Beni-Snassen eroberten eine Menge Proviant. Gerüchte verlauten, daß sich die Kämpferzahl bei den Beni-Snassen durch Zuzug von andern Stämmen immer noch vermehrt. Allem Anchein nach muß Frankreich mit einem langwierigen Meinkrieg rechnen.

Japan.

* Mehrere der bekanntesten japanischen Flotten- und Heerführer aus dem letzten Kriege, die Admirale Togo und Kamimura sowie der General Nogi u. a., haben infolge einer Reise durch Westeuropa gemacht und dabei die Kunst, durch nichts ihre wahre Verballenkheit zu verraten, mit solcher Meisterschaft geübt, daß sie jetzt in Neapel "entdeckt" worden sind. Die Herren hatten vorher London, Paris und Rom besucht.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete in einer kurzen Sitzung am Donnerstag zunächst die erste Sitzung des Hauses. In der Diskussion gaben die Führer der Blödparteien, für die Reichskanzler Abg. Normann, für die Nationalliberalen Abg. Wasser mann, die Erklärung ab, daß sie an der Blockpolitik festhalten

wollten und daß sich in ihrer vertrauensvollen Stellung zum Reichskanzler nichts geändert habe.

Die Stellung der Linksliberalen, also der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei kennzeichnete Abg. Niemer durch die Erklärung, daß sie einstellig gewillt seien, getreu ihrer überzeugungen, aus sachlichen Gründen bedrohte Haltung die Blockpolitik weiter zu unterstützen unter Wahrung ihrer Ansprüche zu erhalten zum Vorteile des Vaterlands. Das Zentrum und die Sozialdemokraten nahmen diese Erklärungen mit Larm und Gelächter entgegen, während die Blödparteien dieselben durch lebhaften Beifall unterstützten. Abg. Großer (Bir.) betonte dann in der Fortsetzung der Glassberatung zum Wort kommen sollte, beschränkte sich bezüglich der vorher gegangenen Erklärungen auf die kurze, humorvolle Bemerkung: „Und der Haas läuft die Krete, und 's ist alles wieder gut.“ Unter diesen Umständen berührte ich es nicht als unsre Aufgabe, die Unterhaltung der Bieden zu fördern. Stürmische Hetze und Gefahr folgten dieser Rede auf allen Seiten des Hauses. Darauf wurde die Debatte geschlossen und die Hauptrede des Hauses wurden an die Budgetkommission verweisen. Danach wurde das Handelsprotokoll mit England nach einer Begrüßung durch den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und zu stimmenden Erklärungen aller Parteien einstimmig in erster und zweiter Lesung angenommen, und da die Tagesordnung erschöpft war, die Sitzung schloß nach einhälftigiger Dauer geschlossen.

Am 6. d. steht auf der Tagesordnung der Antrag der Abg. Groß Oppenheim u. Gen. (Bir.) betr. Erhaltung und Förderung des Handwerkerstandes und des Kaufmanns- und Mittelstandes. Der Kanzler verlangt Gesetzesvorlage: zur Umgrenzung von Fabrik und Handwerk, Heranziehung der Handarbeiter mit handwerklich ausgebildeten Arbeitern zu den Rollen der Handwerkerorganisationen, Gestaltung der Ausbildung von Lehrlingen, die den Meisterstand führen, Kaufmännerförderung für selbständige Arbeiter, Sicherung der Bauforderungen, Bevorratung der Handwerkermeister bei den Submissionsen, ein Handwerkerblatt, eine Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Werbewerb, Regelung des Außenhandelswesens, Handelsinspektoren, eine Enquete über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes usw.

Abg. Trimborn (Bir.): Der erste zur Verfüigung stehende Schwerinstag soll sich mit Fragen des Mittelstandes beschäftigen. Der gegenwärtige hohe Bankdiskont trifft ganz besonders den Mittelstand.

Große Not hat der hohe Diskont in weiten Kreisen des Mittelstandes hervorgerufen. Redner geht also davon, schwer verständlich, namentlich des Antragstellers, auf die einzelnen Teile des Antrages ein und deutet, daß in Frankreich und Österreich die Submissionsvorschriften an Genossenschaften vergeben werden, wodurch das Genossenschaftswesen gestärkt würde. Die Einführung besonderer, zunächst aus dem Kaufmannsstande zu beruhende Ausschüsse — Handelsinspektoren — wird verlangt, die an

Stelle der Polizeiamtien die Durchführung der Bestimmungen zum Schutz der Gehilfen und Lehrlinge überwachen; ferner verlangt Redner Erleichterungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes auf dem Lande, in den kleinen, mittleren und größeren Städten unter öffentlicher und sonstlicher Anhörung der verschiedenen Interessengruppen in die Wege zu leiten. Als inzwischen erledigt sieht Redner die beiden Punkte des Antrages zurück, die sich mit dem kleinen Besitzgruppenabsatz und der Sicherung der Bauforderungen beschäftigen. Redner zieht seine Ausführungen mit der Bitte um Unterstützung des Zentrumsantrages. Besonders für den Mittelstand heißt es: Bis dat, qui cito dat. (Doppelt gilt, wer rasch gibt.)

Abg. Pauli-Börsdorf (cont.): In den meisten Punkten stimme ich dem Vortredner zu. Anzuerkennen ist, daß es dem Handwerk schon besser geht.

Selbst in den kleinsten Betrieben verwendet man schon Maschinen, das Genossenschaftswesen breite sich immer weiter aus. Aber trotzdem ist noch viel zu tun. Wir werden deshalb auch den Antrag annehmen, haben wir doch selbst Anträge eingereicht, die sich in vielen Punkten mit dem Zentrumsantrag decken. Eine Bevorzugung der Handwerkergenossenschaften geschieht jetzt schon seitens vieler Reichsdamier. Sowohl das Reichsmarientamt als auch die Postverwaltung haben Aufträge an die Handwerkergenossenschaften vergeben.

Abg. Hindel (nat.-lib.): Ich betone die Mittelstandsreundabilität der nationalliberalen Partei. Das

Zentrumsantrage lädt sich noch in vieler Beziehung zugunsten des Handwerks modifizieren. — Da die begrifflichen Grenzen zwischen Fabrik und Handwerk schärfer gezogen werden, ist ein sehr vereinfachter Wunsch; es ist aber nicht zu verkennen, daß für die Branche diese knifflige Frage große Schwierigkeiten schafft. — Einer

siebenfachen Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs stehen wir sehr sympathisch gegenüber. Die heile Mittelstandspolitik aber ist, den Mittelstand nicht mit neuen Steuern zu belasten. Wir werden die Bestrebungen, die in den Anträgen liegen, nach Möglichkeit unterstützen.

Abg. Schmid (soz.): Leider fehlt eine Statistik

über die Kosten der Handwerkerorganisationen.

In Berlin erzielten 18 Anfangsimmungen, die ein

Jahresbrutto von 185 144 M. haben. Daraus

werden für Fachschulen 13 641 M. abgezogen, das

ist pro Kopf des Handwerkers 9 M.

Die Fortbildung der Lehrlinge in Sache der Gemeinden.

Dass bei Vergabe von Arbeiten die Organisationen

berücksichtigt werden sollen, entspricht unseren

Wünschen, nur muß vermieden werden, daß nicht

etwa wie im Falle des Eisenbahnunternehmens

mit den Aufträgen bestraft werden. Auch gegen

ein Reichshandwerkerblatt haben wir nichts einzurichten.

Denkbar ist, ebensoviel gegen die Schaffung von Handelsinspektoren. Wir wollen nicht den Mittel-

stand belästigen, wir wollen ihn vielmehr er-

halten in der Art, daß durch Ausbildung von Organisation zu Organisation gute Erfolge erzielt werden. Die Notwendigkeit für Innungs-

frankenstein kann ich nicht erkennen, wozu dann

die Arbeiterversicherung. Durch die Innung-

frankenstein wird nur Unschärfe geschaffen.

Abg. Frhr. v. Camp (freib.): Die Hand-

werker wissen sehr wohl, weshalb sie an ihren

Anwendungskräften festhalten. Ich weiß, wenn die

Reichskräfte nicht zur Unterdrückung sozial-

demokratischer Agitateure missbraucht werden, er-

dann werden sie die Handwerker in ihnen wohl

fühlen. Bis dahin danken sie dafür. Ich hätte ge-

wünscht, wenn der Staatssekretär sich über seine

Stellung zur Handwerksfrage geäußert hätte. Von

der Abschaffung der Handwerker an die Industrie-

versicherung wird kaum größerer Gebrauch gemacht werden. Diese Frage wird erledigt werden müssen bei Gelegenheit der Regelung der Privatbeamtensicherung. Das Reichshandwerkerblatt würde wir für ungünstig halten, zu eingehendem Studium haben die Handwerker keine Zeit. Ich als kleinster Ab-

ordnet — im Winter habe ich ja auch sonst nichts zu tun — kann dazu auch nur ein Teil des

Reichshandwerkerblatt durcharbeiten. Dennoch werden wir gegen die Schaffung der Handelsinspektoren stimmen. Ich hoffe, daß der Staatssekretär ein-

zuweiset Herz für die Handwerker zeigen und mit uns sorgen wird für das Wohl des schwer be-

drängten Handwerks. Der Zustand des hohen

Bankdiskonts ist für den Handwerker ungünstig.

Die Voransage des Staatssekretärs, die

Krise im Bankdiskont sei überstanden, ist nicht ein-

getreten, diese Frage muß viel lebhafter als bisher

und als alle andern die Reichsregierung be-

schäftigen.

Abg. Doermann (sci. Vo.): Nicht nur der

Handwerker, sondern auch der Kaufmanns-

stand muß weit mehr gefördert werden als bisher. Mit

der Tendenz des Antrages sind wir einverstanden,

über den Wert der Landesinspektoren ist jedoch bei-

ns die Ansicht verschieden.

Abg. Kulerki (Pole) spricht die Zustimmung

seiner Freunde zu den meisten Punkten des An-

trages aus.

Darauf wird ein Antrag auf Beratung an-

genommen.

schweren Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs stehen wir sehr sympathisch gegenüber. Die heile Mittelstandspolitik aber ist, den Mittelstand nicht mit neuen Steuern zu belasten. Wir werden die Bestrebungen, die in den Anträgen liegen, nach Möglichkeit unterstützen.

Abg. Schmid (soz.): Leider fehlt eine Statistik

über die Kosten der Handwerkerorganisationen.

In Berlin erzielten 18 Anfangsimmungen, die ein

Jahresbrutto von 185 144 M. haben. Daraus

werden für Fachschulen 13 641 M. abgezogen, das

ist pro Kopf des Handwerkers 9 M.

Die Fortbildung der Lehrlinge in Sache der Gemeinden.

Dass bei Vergabe von Arbeiten die Organisationen

berücksichtigt werden sollen, entspricht unseren

Wünschen, nur muß vermieden werden, daß nicht

etwa wie im Falle des Eisenbahnunternehmens

mit den Aufträgen bestraft werden. Auch gegen

ein Reichshand